Bezirksregierung
Arnsberg

25. MAI 2022 AUSGABE 05/2022

Landeszentrum Gesundheit
Nordrhein-Westfalen

Aktualisierung der Sammlung fremdsprachiger Gesundheitsinformationen des Landeszentrums Gesundheit NRW

Für Menschen mit Sprachbarrieren ist die Orientierung im deutschen Gesundheitssystem nicht leicht. Umgekehrt erschweren Probleme mit der deutschen Sprache die Arbeit der im Gesundheits- und Sozialbereich tätigen Akteurinnen und Akteure. Fremdsprachige Gesundheitsinformationen können hierbei vermittelnd wirken.
Das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW) hat daher die Sammlung der qualitätsgeprüften, fremdsprachigen Gesundheitsinformationen als Unterstützung für die Arbeit im Bereich Migration und Gesundheit umfassend ergänzt und aktualisiert. Das Angebot soll eine Lotsenfunktion zu relevanten und qualitätsgesicherten Informationen einnehmen und ist – sowohl mit als auch ohne bisherige Kenntnisse im Gesundheitsbereich – nutzbar.

Die fremdsprachigen Gesundheitsinformationen sind auf den Seiten des LZG.NRW abrufbar

DIW BERLIN

Unternehmen leisten einen wesentlichen Beitrag zur Integration Geflüchteter in Deutschland

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) untersuchte die Integration Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt. Befragt wurden 100 mittlere und große Unternehmen in Deutschland. Die Anstellung von Geflüchteten verbessert demnach die Mitarbeiterzufriedenheit, Attraktivität der Unternehmen und die unternehmerische Entwicklung. Die Integration Geflüchteter gelingt vor allem in Richtung abhängiger Beschäftigung, das Potenzial für Selbstständigkeit bleibt unter Geflüchteten nahezu ungenutzt.

Weitere Informationen

Rund 1,5 Milliarden Euro für Deutschland aus AMIF-Fonds der EU

Partnerschaftlich, nachhaltig und unbürokratisch wollen die Europäische Kommission, der Bund, die Länder, kommunale Spitzenverbände, Nichtregierungsorganisationen und Verbände beim Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU (AMIF) zusammenarbeiten. Das haben ihre 65 Vertreterinnen und Vertreter bei der konstituierenden Sitzung des Begleitausschusses für die AMIF-Förderperiode 2021-2027 jetzt in Berlin beschlossen. Der AMIF stellt europäische Fördermittel für Projekte in den Bereichen Asyl, Migration, Integration, Rückkehr, Bekämpfung irregulärer Migration und europäische Solidarität zur Verfügung. Insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro erhält Deutschland in der neuen Förderperiode 2021-2027. Auch zahlreiche Projekte in Nordrhein-Westfalen werden wieder aus dem Fonds finanziert. Damit diese Fördermittel wirksam, nachhaltig und unbürokratisch zur Verfügung gestellt werden, wird der Begleitausschuss in allen wesentlichen Fragen beteiligt. Zudem berät er das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das die Gelder des Fonds verwaltet.
Weitere Informationen

Jahresgutachten Sachverständigenrat: Migranten wichtige Stütze für Gesundheitssystem

Migrantinnen und Migranten leisteten einen unverzichtbaren Beitrag zum deutschen Gesundheitssystem. Das geht aus dem Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Integration und Migration (SVR) hervor. Um die Versorgung auch künftig zu gewährleisten, gibt es Nachbesserungsbedarf bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen und der Nachqualifizierung. Auch die Arbeitsbedingungen im gesamten Gesundheitssystem und besonders in der Pflege muss grundlegend verbessert werden, um die Fachkräfte aus dem Ausland langfristig halten zu können, so der SVR in seinem Jahresgutachten.
Weitere Informationen

Interessenbekundungsverfahren für das Aufnahmeprogramm Neustart im Team (NesT)

Das seit 2019 laufende staatlich-gesellschaftliche Aufnahmepilotprogramm „Neustart im Team“ (NesT) soll verstetigt werden. Es ermöglicht die zusätzliche Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen im Wege des Resettlements nach § 23 Abs. 4 AufenthG. Die über NesT einreisenden Schutzsuchenden werden in Deutschland von zivilgesellschaftlichen Mentorinnen und Mentoren betreut, die sich ideell und finanziell einbringen. Die Anwerbung, Information, Schulung und Betreuung der Mentoring-

Gruppen ist derweil Aufgabe einer Zivilgesellschaftlichen Kontaktstelle (ZKS). Der zukünftige Betrieb der ZKS soll im Wege einer Projektförderung für die Dauer von drei Jahren erfolgen. Und um für alle interessierten zivilgesellschaftlichen Organisationen einen offenen, transparenten und gleichberechtigten Zugang zu einer Programmbeteiligung zu gewährleisten, wird auf Basis dieses Aufrufs ein Interessenbekundungsverfahren zum zukünftigen Betrieb der ZKS durchgeführt. Bewerbungen hierfür sind bis zum 15. Juni 2022 möglich.
Zur Meldung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF)
Zur NesT-Programmwebseite
Bekanntmachung des Bundesministeriums des Innern und für Heimat zur Durchführung des NesT-Interessenbekundungsverfahrens

Geflüchtete in Deutschland fühlten sich in der Corona-Pandemie stark diskriminiert

Geflüchtete fühlten sich im ersten Jahr der Corona-Pandemie einer Studie zufolge stärker diskriminiert als zuvor. Vor allem bei der Arbeitssuche, in Schule, Hochschule oder Ausbildung, aber auch am Arbeitsplatz selbst und im übrigen Alltag sind ihre Erlebnisse von Zurücksetzung und geringeren Chancen stärker geworden, wie aus einer gemeinsamen Untersuchung des Berliner Wirtschaftsforschungsinstituts DIW, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bei der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht.
Weitere Informationen

Studie "Rassistische Realitäten"

Laut der Auftaktstudie zum Rassismusmonitoring des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) sind rund 90 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass es in Deutschland Rassismus gibt. Weiter gaben laut Studie 65 Prozent an, dass es in Behörden rassistische Diskriminierung gebe. 45 Prozent der Befragten bezeichneten Rassismuskritik als übertrieben oder als Einschränkung der Meinungsfreiheit im Sinne „politischer Korrektheit“. Manche, die sich über Rassismus beschweren, seien zudem "überempfindlich“, erklärten 33 Prozent der Befragten oder zu "ängstlich“ (52 Prozent).
Zur Studie

Zum NRW-Veranstaltungskalender

Weitere Serviceangebote